

Hannover, 20. März 2009

GEW zu den Beschlüssen der Regierungsfractionen am 17. März 2009

Regierungsfractionen folgen Wulff im schulpolitischen Blindflug Keine Konzepte für Sicherung der Personalversorgung und zukunftsfähiges Schulsystem Angriff auf integrierte Sekundarstufe I an IGS und KGS verschärft

Den Regierungsfractionen ist es in ihrer gemeinsamen Tagung am 17. März nicht gelungen, sich den drängenden Aufgaben der niedersächsischen Schulpolitik zu stellen. Die Regierung und ihre Fraktionen hören weder auf fachlichen Rat noch auf ihre eigene Basis. Von Kompromissbereitschaft ist keine Rede. Dieses Verhalten nützt keinem, nicht mal CDU und FDP selbst.

Das Problem der kurzfristigen Sicherung der Personalversorgung insbesondere an Gymnasien und Gesamtschulen und das Problem der mittel- und langfristigen Nachwuchsgewinnung werden nicht gelöst. Die weitere Überlastung der Schülerschaft und der Lehrkräfte, die Zunahme der übergroßen Klassen, die Kürzung des Pflichtunterrichts in den Schulen sind vorprogrammiert.

Den Schulträgern, Eltern und der Schülerschaft verweigert die Koalition die regionale Entwicklung eines zukunftsfähigen Schulangebots und zwar in der Grundschule wie bei den weiterführenden Schulen. Die Koalitionsparteien wollen die Gesamtschule als Alternative auch zum Gymnasium kaputt machen. Sie weigern sich die Hürden gegen die Errichtung von Gesamtschulen abzubauen. Damit setzt sich die Koalition in Widerspruch zum Landkreistag und zum Städtetag und zum Wunsch einer wachsenden Zahl von Eltern.

Die Koalitionsfractionen halten daran fest, den Bildungsgang der Hauptschule weiter von den anderen Bildungsgängen abzukoppeln, und wollen Schulträger zwingen, diese Schulform aufrecht zu erhalten. Nur zaghaft haben die Fraktionen die vollmundigen Ankündigungen von Wulff und Heister-Neumann korrigiert, für HauptschülerInnen ab Klasse 8 zwei verbindliche Tage an Berufsschulen einzuführen. Auch die Pläne zur Zukunft der Realschule verursachen Kopfschütteln. Kein Wunder, dass die Fraktionen eine Reihe von Aufträgen an das Kultusministerium richten, um die Realisierbarkeit der Regierungspläne prüfen zu lassen. So ist das, wenn die Staatskanzlei versuchen soll, Kultusministerium zu spielen.

Auch für die Überwindung des desolaten Zustands der Schulbehörde, ihres Personalnotstands, des konzeptionellen Wirrwarrs diverser Zweige von Beratung und Inspektion, der Überlastung der Schulleitungen legt die Regierung kein Konzept vor.

Große Übereinstimmung in der Ablehnung der Regierungspläne

So einig wie jetzt waren sich die Vertretungen der Eltern und der Schülerschaft, die GEW, Verbände des Beamtenbundes und andere Bildungsorganisationen in der Beurteilung der Pläne einer Landesregierung schon lange nicht mehr. Nur der Philologenverband begrüßt derzeit Wulffs Vorhaben. Kein Wunder – hatte er sich doch als Ideenspender betätigt. Dies ist das Ergebnis von Beratungen, zu denen der Landeselternrat den Landeschülerrat, die GEW sowie eine Reihe weiterer Bildungsorganisationen (Verband Bildung und Erziehung, Realschullehrerverband, Schulleitungsverband, Niedersächsische Direktorenvereinigung, Verband der Beratungslehrkräfte, Verband der Schulpsychologen) am 16. März eingeladen hatte.

Die GEW hat inzwischen vielfach klargestellt:

Jede weitere Überlastung der Beschäftigten an den Schulen ist völlig inakzeptabel. Gegen Lehrkräftemangel helfen nicht das Wegkürzen pädagogisch notwendiger Aktivitäten und Einrichtungen, nicht

Teilzeitaufstockung und Mehrarbeit, sondern nur zusätzliche Einstellungen, bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsbedingungen und bessere Bezahlung. Die zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung angekündigten Maßnahmen tragen Forderungen der GEW entweder in zu geringem Umfang Rechnung, oder aber es handelt sich um Luftbuchungen bzw. um deutlich falsche Weichenstellungen.

Die schulpolitischen Maßnahmen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen sind vor allem von Abgrenzungsgesichtspunkten bestimmt. Das G 8 hat keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. Die Vorhaben zur Hauptschule und zur Realschule werden diese nicht wirklich stärken. Den Gesamtschulen wird ohne Not das Leben schwerzumachen versucht. Beabsichtigt sind Gesamtschulen, die nur noch so heißen, nicht aber wie Gesamtschulen arbeiten dürfen. Außerdem: Statt die guten Konzepte der Vollen Halbtagsgrundschulen auf alle Grundschulen zu übertragen, will die Koalition die VHGS abschaffen.

Dagegen werden wir uns gemeinsam mit vielen anderen weiter zur Wehr setzen!

Was haben wir bisher erreicht?

Bei all der notwendigen Kritik müssen wir darauf aufmerksam machen, dass es der GEW und den Beschäftigten in den Schulen gelungen ist, der Regierung einige Zugeständnisse abzutrotzen. Im Mai 2008 haben wir die Regierungspläne durchkreuzt. Erinnern wir uns: Die Regierungskoalition hatte in ihrer ersten Amtszeit die Unterrichtsversorgung auf 100 Prozent schön gerechnet und die reale Lehrerzuweisung an die Schulen gekürzt. Sie traf trotz vielfacher Aufforderung keine Vorsorge für die Rückgabe des Lehrerarbeitszeitkontos. Sie unterfütterte zahlreiche schulpolitische Beschlüsse nicht mit einer entsprechenden Bereitstellung zusätzlicher Stellen (Ganztagsschulen, sprachliche Frühförderung, Brückenjahr, G8). Sie steigerte die Anzahl der Lehrkräfte an Gymnasien nicht entsprechend der ansteigenden Quote der Anwahlen in der Sekundarstufe I und II. Die Regierung ignorierte die Aufgabe der Nachwuchsgewinnung angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle. Die Diskrepanz zwischen den Anforderungen und der realen Personalversorgung wuchs an und damit die Überlastung aller in der Schule Tätigen.

Die Regierung hatte offensichtlich vor, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu erhöhen oder die Rückzahlung der 10 Jahre lang geleisteten Überstunden aus dem Lehrerarbeitszeitkonto im Wert von 850 Mio. € auf Sankt Nimmerlein zu vertagen. Das war ihre „Lösung“ des Problems. Die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen ließen durch ihren Protest im April / Mai 2008 diese Lösung nicht zu. Die Regierung gab nach. Die Rückgabe des LATZKO erfolgt wie geplant. Zusätzliche Stellen wurden aber von Ministerpräsident und Finanzminister nicht im erforderlichen Umfang zugestanden. Daher rührt ein Teil des aktuellen Problems.

Immerhin: Die Regierung musste ihre Haltung aufgeben, Stellen abzubauen statt neue zu schaffen. Die beabsichtigte Streichung von 400 Stellen pro Jahr wurde ausgesetzt. Das hatte die GEW seit 2004 gefordert. 500 zusätzliche Stellen wurden eingerichtet. Diese Zahl wurde nunmehr um 250 aufgestockt. Das ist nicht wenig, auch wenn es bei Weitem nicht reicht. Aber auch das wäre ohne unseren Druck nicht erreicht worden. Ohne diese Entscheidungen wären die Klassenfrequenzen und die Arbeitsbelastung noch größer geworden.

Auch der GEW-Forderung, genügend neue Referendarstellen und höhere SeminarKapazitäten zu schaffen, wurde nur zögernd gefolgt. 510 zusätzliche Einstellungen – immerhin. 1.000 mehr wären nötig.

Außerdem bekommen Feuerwehrlehrkräfte künftig volle Verträge für ein Jahr mit der Garantie, nach zwei Jahren verbeamtet zu werden. Mit der Zwangsteilzeit im Angestelltenverhältnis ist es für die Lehrkräfte an Grundschulen vorbei. Zwei wichtige Forderungen der GEW für junge Kolleginnen und Kollegen wurden erreicht.

Auch argumentativ ist die Regierung in der Klemme: Hatte die Kultusministerin noch im August 2008 geleugnet, dass mehr als 1.000 zusätzliche Stellen für 2009 erforderlich sind und dass es einen Bewerbermangel gibt, verkündete sie im Februar 2009, angesichts des Bewerbermangels nützten ihr die zusätzlichen Stellen nichts, sie hätte sie freilich gerne. Die Regierung ignoriert mit konstanter Bosheit die bevorstehende Pensionierungswelle und die Nachwuchsgewinnung. Unsere guten Vorschläge zur Überwindung des akuten Personalmangels, zur Erhöhung der Kapazität und der Reform der Lehrerbildung und für eine höhere Attraktivität der Arbeit in den Schulen liegen auf dem Tisch.